



Sehr geehrte Damen und Herren,

Den Mitgliedern des

- **AKBYS** -

THÜR. LANDTAG POST
24.02.2021 16:07

4843121

Der Landesverband Alleinerziehender Mütter und Väter wurde zum vorliegenden Gesetzentwurf: Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem InfSchG (ThürErstSchKiG) um eine Stellungnahme gebeten.

Zunächst sei hier erklärt, das sich der VAMV LV vollumfänglich der Stellungnahme des AKF Thüringen e.V. anschließt – insbesondere der „Erstattungszeitraum“ ist aus unserer Sicht zu eng gefasst – und bedeutet weitere Unsicherheiten, im Umgang mit (evtl.) weiteren Schließungserfordernissen pandemiebedingt.

Auch der VAMV begrüßt die Notbetreuung zu Zeiten der pandemiebedingten Schließungen – möchte allerdings in diesem Zusammenhang auf unsere Stellungnahme: „Alleinerziehende stärker im Lockdown mitdenken!“ hinweisen.

In dieser wird nochmals auf eine besonders isolierte Situation von Alleinerziehenden in der (Schulen-/und Kita) Schließungsphase aufmerksam gemacht und eine Kontakterlaubnis zu einer anderen (festen) Alleinerziehenden Familie vorgeschlagen – insbesondere das „Berliner Modell“ – zwei Alleinerziehende und ihre Kinder können sich regelmäßig in einem Haushalt aufhalten ... Altersgrenze der Kinder 14 Jahre ... wird hier angeregt.

Die bereits bestehende Unsicherheit bei den Ein-Eltern Familien wird nicht dadurch verringert, das erst im April 2021 eine gesetzliche Regelung herbeigeführt werden soll – wir wünschen uns bereits jetzt klare und verlässliche Aussagen.

Leider lässt auch die Gesetzesformulierung: §30b: „... zu verrechnen oder zu erstatten“.

keine klare Handhabung erkennen – viele Alleinerziehende haben jetzt Einkommenseinbußen – haben diverse Gebühren bereits entrichtet – und müssen nun, wenn das Gesetz wie vorliegend umgesetzt wird, auf eine Erstattung und/oder Verrechnung warten.

Zudem erachten wir die Grundlage (also die Tagesanzahl) der Erstattung als zu gering.

In diesem Zusammenhang ist für den VAMV ebenso fraglich, ob der Verrechnungszeitraum für die Angebotsträger – hier insbesondere die Kindertagesstätten und Schulen in freier Trägerschaft – von einem halben Jahr, nicht doch zu Liquiditätsengpässen führt und warum auf diese Tatsache in der





Begründung (Artikel 1/Abs.5) ausdrücklich nur bei kommunalen Trägern hingewiesen wird.

Unklar ist für uns auch, wie mit der Verrechnung gegenüber Trägern umgegangen wird, wenn nicht landesweit angeordnete Schließungen erfolgen, sondern wenn vor Ort – auf der Grundlage hoher Inzidenzzahlen keine Öffnungen erfolgen?!

Wie wird in solchen Fällen zurückerstattet der/und verrechnet?

Antrag der CDU:

Auch hier verweisen wir auf die Stellungnahme des AKF Thüringen e.V.

Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Landesverband Thüringen e.V.
Zschochernstraße 35 · 07545 Gera
Tel.: 0365 / 5519674 · Fax: 0365 / 5519676
e-Mail: vamv.thueringen@t-online.de

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTd bearbeitet.